

Bürgerinitiative Ezelsdorf
c/o Markus Reuter
Zur Schwärz 19
90559 Burgthann-Ezelsdorf
E-Mail: bi-ezelsdorf@outlook.de

Ezelsdorf, 08. April 2016

Bayerisches Staatsministerium für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat
z. H. Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder
Bankgasse 9

90402 Nürnberg

Abstandsregelung für Höchstspannungsleitungen/Landesentwicklungsplan

Sehr geehrter Herr Dr. Söder,

die Bürgerinitiative Ezelsdorf vertritt die Bürger von Ezelsdorf, einem Ortsteil der Gemeinde Burgthann und unmittelbarer Nachbar von Postbauer-Heng. Von der in Postbauer-Heng ansässigen Bürgerinitiative erhielten Sie im vergangenen Dezember die politische Forderung nach Abstandsregeln zwischen Wohngebäuden und Höchstspannungsleitungen von 400/200 m.

Diesen Aufruf haben auch wir mit unserer Unterschrift unterstützt und haben uns sehr gefreut, dass Sie diese Forderung in den LEP aufnehmen werden und für anstehende Raumplanungen seitens der Übertragungsnetzbetreiber bereits Berücksichtigung finden müssen. Bitte nehmen Sie unseren großen Dank für diese bürgernahe Maßnahme entgegen.

Ezelsdorf, wie auch andere Dörfer der Region im Nürnberger Land und der Oberpfalz, sind unmittelbar von der Aufrüstung einer bestehenden 220 KV-Leitung auf 380 KV betroffen. Diese Freileitung führt als P53 in mehreren Dörfern unmittelbar durch Wohngebiete. Man muss hierzu wissen, dass in den genannten Gebieten zudem zwei weitere 110 KV-Leitungen jeweils am Ortsrand ebenfalls in relativer Nähe zur Wohnbebauung verlaufen. Aus landesentwicklungsspezifischer Hinsicht ist es ohnehin nicht nachvollziehbar, weshalb gerade der dichtbesiedelte Osten von Nürnberg im Rahmen neuer Trassenplanungen keine Erleichterung erfährt. Um Missverständnissen entgegenzutreten stellen wir hiermit fest, dass uns sehr wohl an einer nachhaltigen Energiewende gelegen ist und wir nicht kategorisch singuläre Anpassungen der Netzübertragungsinfrastruktur in Frage stellen. Wir gehen jedoch kritisch mit der damit einhergehenden Umsetzungsplanung um.

Wir sind von der Richtigkeit einer die Grundrechte der Bürger schützenden Abstandsregelung überzeugt. Diese Überzeugung fußt auf den folgenden Aussagen:

- Dem von der CSU proklamierte Führungsanspruch Bayerns in der Bundesrepublik Deutschland wird es nicht gerecht, wenn die Bürger anderer Bundesländer einen deutlich höheren Gesundheits- und Vermögensschutz genießen als die bayerische Bevölkerung.
- *„Wir sind verantwortlich für die langfristigen Folgen unseres Handelns. Wir sind aber ebenso für die Folgen unseres Unterlassens verantwortlich, für das, was wir zum Schaden zukünftiger Generationen unterlassen oder verhindern.“ Grundsatzprogramm der CSU, 28.09.2007, S.22*
- *„Unser Einsatz für Generationengerechtigkeit bedeutet auch, für eine gute Zukunft zu investieren und den Menschen durch Innovationen Chancen zu eröffnen.“ Grundsatzprogramm der CSU, 28.09.2007, S.23*

- *„Daraus ergibt sich für uns eine neue Dimension der Verantwortung. Der Zukunft verpflichtet, müssen wir für eine nachhaltige Entwicklung umsteuern.“ Grundsatzprogramm der CSU, 28.09.2007, S.23*

Wir Bürger Bayerns, die der aktuellen und nachfolgenden Generation, erwarten somit die ernst gemeinte Fürsorge und staatliche Rücksichtnahme auf Gesundheits- und Vermögensschäden, die durch geplante Maßnahmen in die energiewirtschaftliche Infrastruktur verursacht werden.

Sicherlich (oder hoffentlich) können wir davon ausgehen, dass für alle bayerischen Bürger dieselben Abstandsregelungen gelten, jedoch mussten wir der Presse sog. „Ausnahmeregelungen“ entnehmen für die Fälle „[...] bei denen es halt' nicht anders geht.“ Der Hintergrund dieser Aussage steht wohl im Zusammenhang mit dem Verlegen der Höchstspannungsleitung aus dem Ortsinneren an den Ortsrand betroffener Gemeinden. Im Falle Ezelsdorf wurde von benachbarten Lokalpolitikern sogar die Trassenplanung bereits in der Lokalpresse vorweggenommen, bevor die von Ihnen angekündigte Bürgerbeteiligung überhaupt ansatzweise zum Tragen gekommen ist. Konkret solle demnach **TenneT** die künftige 380 kV-Leitung in die bestehende Trasse der 110 kV-Leitungen integrieren.

Würde man diesem wenig durchdachten und unorthodoxen Vorschlag folgen, wären in Konsequenz die dortigen Anwohner somit zwei 110 kV- und einer 380 kV-Leitung im Abstand von lediglich 150 m ausgesetzt, obwohl für letztere eigentlich 400 m zu Grunde gelegt werden müssen. Erwähnenswert erscheint uns noch der Hinweis, dass die vorgeschlagene Trasse ohne Abstand unmittelbar an zwei Fußballplätzen des örtlichen Sportvereins sowie einen Steinwurf entfernt von einem Waldkindergarten verlaufen soll.

Diese pragmatische, jedoch auch weiche Formulierung der „Ausnahmeregelung“ ermöglicht somit für den Trassenplaner (und lokale Politiker) sehr große Interpretationsspielräume – zu Lasten der betroffenen Bürger und zwar auf zweierlei Weise:

Berücksichtigt man zusätzlich zu der negativen Wertentwicklung von Wohnimmobilien in großer Nähe zu großdimensionierten Stromtrassen insbesondere das hohe Gesundheitsrisiko, kommt eine unerhörte Ungleichbehandlung der Bürger zum Tragen. Während die Immobilienwerte der Innendorfbewohner steigen, nimmt man die Immobilienwertvernichtung, die in den allermeisten Fällen die private Altersvorsorge darstellt, der Dorfrandbewohner billigend in Kauf. Während das gesundheitliche Risiko für die einen Innendorfbewohner ursächlich für den Leitungsrückbau ist, sollen schwierige Geländeverläufe Ausnahmeregelungen von der Gesundheitsvorsorge für die Dorfrandbewohner rechtfertigen?

Bei allem gebotenen Respekt und Verständnis für die Argumente der anderen Seite, sollte man sich fairerweise auch mit der Gegenargumentation der Betroffenen konstruktiv ohne Vorbehalte auseinander setzen.

Die Ezelsdorfer Bürgerinitiative und verbundene Nachbarinitiativen vertreten die Interessen beider Gruppen. Wir streben ebenfalls die Entfernung der bestehenden 220 kV-Leitung aus dem Dorfinnen zu Gunsten einer 380 kV-Leitung außerhalb des Dorfes an. Wir wollen aber um jeden Preis eine Spaltung unseres Dorfes in Begünstigte und Benachteiligte verhindern.

Wir verurteilen egoistische Trassenplanungen, die nur die Interessen eines einzelnen Dorfes berücksichtigen. Wir streben vielmehr eine regionale Harmonisierung des Trassenverlaufes an, die ALLEN Bürgern der betroffenen Regionen dieselbe Abstandsregelung zugesteht.

Eine andere Sichtweise steht auch nicht im Einklang mit der staatlichen Fürsorgepflicht (Grundgesetz (Art. 2, Absatz II, Satz 1 GG) und dem allgemeinen Gleichheitssatz (Artikel 3, Abs. 1 GG).

Artikel 2 wurde von den Vätern des Grundgesetzes als Willkürbremse staatlichen Handelns in das Grundgesetz aufgenommen, während Artikel 3 die Gleichbehandlung vor dem Gesetz regelt. Somit müssen gleiche Sachverhalte auch von Rechts wegen gleich behandelt werden. „Es gibt keine Gleichheit im Unrecht“ - dieser „ewige“ Grundsatz der Rechtsprechung lässt im Umkehrschluss noch viel weniger die Ungleichheit im Recht zu. „Es darf keine Ungleichheit im Recht geben.“

In anderen Bundesländern wird die Abstandsregelung konsequent durchgesetzt - ohne Ausnahmen. In diskussionswürdigen Fällen wird stets die bürgerfreundliche Variante gewählt und technologische Optionen bzw. alternative Trassenverläufe müssen seitens des Netzbetreibers gewählt werden. Wenn es in anderen Bundesländern durchsetzbar ist, wieviel mehr sollte es dann gerade in Bayern möglich sein?

Die politische Argumentation für einen bürgernahen Lösungsansatz des beschleunigten Netzausbaus wurde sogar mit dem folgenden Bundesratsbeschluss Nr. 595/15 vom 18.12.2015 bereits bundesweit publiziert:

„Der Bundesrat betont jedoch die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen in diesem Bereich und fordert die Bundesregierung auf, die Möglichkeit der Teilerdkabelung im Drehstromnetz unter der Voraussetzung der Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes auszudehnen. Die Beschleunigung des Netzausbaus hängt ganz wesentlich davon ab, dass auch die technische Option der Teilerdkabelung genutzt werden kann, um Trassenkonflikte zu lösen. Die Liste der in der Anlage des Bundesbedarfsplangesetzes als Pilotprojekte gekennzeichneten Vorhaben sollte daher nicht als abschließend angesehen werden.“

Wir sagen hiermit nicht, dass die Teilerdkabelung für das Drehstromnetz die alleinige Lösung darstellt – es kann aber eine Option unter anderen sein. Alternativ muss man sich ggfs. verstärkt von dem Gedanken leiten lassen, dass zwecks Einhaltung der neuen Abstandsregelung die bisherigen Trassenverläufe im größeren Maßstab entlang anderer bereits existierenden Infrastrukturtrassen (z.B. Autobahntrassen) „umgeleitet“ werden.

Wir verfolgen sehr aufmerksam die Diskussion zwischen Trassenplanern und Bürgerinitiativen. Unser Glaube an die „Fachexperten, die schon wissen, was sie tun ...“ ist uns inzwischen verloren gegangen, da die faktischen Hürden der Zielerreichung vielmehr politischer und weniger technischer Natur sind. Wir vertreten die Ansicht, dass die Bürger ihre eigene Region am besten kennen. Wir sind davon überzeugt, dass konstruktive Resultate lediglich in einer Atmosphäre der gegenseitigen Wertschätzung auf Augenhöhe zwischen kompetenten Vertretern der Bürgerinitiativen, Landespolitikern und dem konkreten Trassenplaner zu erzielen sind.

Wir appellieren an Ihre politische Vernunft den wahlberechtigten Bürger bereits im Frühstadium jeglicher Planung ehrlich und verbindlich einzubinden.

Der Souverän möchte nicht nur über Entscheidungen abstimmen, er möchte auch an deren vorbereitenden Entstehung mitwirken. Anderenfalls stellt sich das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins ein, was die Konsensfindung erschwert und die Umsetzung letztlich nur unnötig mit hohen Reibungsverlusten (z.B. wie bei Stuttgart 21, u.a.) sowie zeit- und kostenintensiven juristischen Auseinandersetzungen verlängert.

Der Zeitpunkt ist günstig, um unserem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Die bisher gewählte Strategie des Übertragungsnetzbetreibers **TenneT**, die Bürger zu informieren und „konstruktiv“ einzubinden, ist in der Vergangenheit nicht aufgegangen.

Auf Basis der von Ihnen angekündigten Abstandsregelung erhalten beide Seiten nun das bisher fehlende, jedoch notwendige Rüstzeug, um sachlich Argumente auszutauschen.

Wir fordern seitens der Politik, dass **TenneT** nicht nur sein Tun **vorzeitig, verständlich und offen** darlegt, sondern von Anfang an unter der ehrlichen, vorbehaltlosen und neutralen politischen Moderation der betroffenen Landesministerien gemeinsam mit den Bürgern Lösungsalternativen erarbeitet.

Für die Organisation eines solchen Prozesses sollte man gerade auch in Bayern Wege und Möglichkeiten finden, wenn dies auch in anderen Bundesländern gelungen ist.

Wir sind uns bewusst, dass es wie in vielen anderen Lebensbereichen auch, keine einfachen Lösungen gibt. Wenn es so einfach wäre, bräuchte man auch keine kompetenten sowie kommunikations- und moderationsstarken Landespolitiker. Noch haben wir die Hoffnung, dass die Landespolitik zu ihrem Souverän, dem Bürger, ohne Vorbehalte steht um kooperativ mit ihm gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Abschließend wollen wir unsere Erwartungshaltung an die Landespolitik wie folgt zusammenfassen:

- Wir fordern die gleichen Abstandsrechte für alle Bürger - ohne Ausnahme.
- Wir fordern als Bürger Teilhabe an der Trassenverlaufsplanung - von Beginn an.
- Wir fordern der bisherigen „**Hinterzimmerdiplomatie**“ zwischen Lokalpolitik und Netzbetreiber ein finales Ende zu setzen – ohne Ausnahme.
- Wir fordern im Namen der **Kinder** und anderer **Schutzbedürftiger** nur Maßnahmen zu ergreifen, die sich uneingeschränkt auch nach Jahrzehnten noch rechtfertigen lassen.
- Wir fordern, dass Sie als gewählte Landespolitiker das Grundsatzprogramm der CSU als Maßstab Ihres Handelns zugrunde legen. Die große Verantwortung für die langfristigen Folgen sowohl Ihres Handelns als auch Ihres Unterlassens wird gerade in der Frage des Trassenplanung evident, da diese über Jahrzehnte die Entwicklungschancen ganzer Landstriche und ihrer Folgegeneration unmittelbar beeinträchtigen wird.
- Wir fordern von der Landespolitik die ehrliche und verbindliche politische Moderation des Lösungsprozesses mit **TenneT** – jetzt!

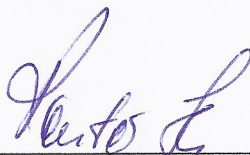
Wir freuen uns auf eine lösungsorientierte Antwort auf dieses Schreiben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen im Namen der Ezelsdorfer Bürger

Bürgerinitiative Ezelsdorf



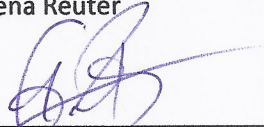
Nora Johannes



Lena Reuter



Markus Reuter



Gerhard Raum